

Gerhard Wettig

Außenpolitisches Abenteuer

Werner Kilian:
Adenauers Reise nach Moskau, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Herder, Freiburg i. Br. 2005, 381 Seiten, 15,00 Euro.

1955 war ein Jahr außenpolitischen Wandels. In Moskau war, wie man heute weiß, Chruschtschow die treibende Kraft. Der Abschluss des Staatsvertrages mit Österreich, der die Besatzungszeit beendete, und der konziliante Ton auf der Gipfelkonferenz vom Sommer, der den „Geist von Genf“ ermöglichte, waren sein Werk. Zu den Veränderungen gehörte die freundliche, sich scharf von der bisherigen grobschlächtigen Polemik abhebende Einladung an Adenauer vom 7. Juni, zu Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nach Moskau zu kommen. Nach den Drohungen, mit denen sich der Kreml noch kurz zuvor gegen den Beitritt zur NATO gewandt

hatte, war das eine große Überraschung. Adenauer war sofort zur Annahme des Angebotes bereit. Er hatte schon vorher die diplomatische Präsenz in Moskau für sehr wichtig zur Wahrnehmung der deutschen Interessen erachtet und darüber sogar bereits einen prinzipiellen Konsens mit den Westmächten erzielt.

Festhalten an der Einheit

Im innenpolitischen Umfeld gab es große Bedenken. Führende Persönlichkeiten der CDU/CSU, etwa Außenminister von Brentano, wollten nur dann Beziehungen zur UdSSR aufnehmen, wenn das zu Fortschritten in der deutschen Frage führe. Andernfalls akzeptiere man durch Errichtung einer Botschaft neben der der DDR die Zweistaatlichkeit und rücke damit vom Alleinvertretungsanspruch als Basis der Wiedervereinigung ab. Adenauer musste noch eine weitere Klippe vermeiden. Das Vertrauen der westlichen Verbünde-

ten war ein zartes Pflänzchen, das man hegen und pflegen musste. Bei ihnen war die Sorge vor einem neuen „Rapallo“, das heißt einer bilateralen Verständigung der Deutschen mit der UdSSR gegen den Westen, noch weit verbreitet. Der lockende Hinweis in der sowjetischen Note, es könnten auch Probleme der deutschen Einheit besprochen werden, stärkte den Argwohn. Ihm musste mit aller Kraft entgegengewirkt werden. Adenauer wusste zudem, dass das Gewicht der Bundesrepublik nicht ausreichte, um den Kreml zu Schritten demokratischer Wiedervereinigung zu bewegen. Gespräche darüber in Moskau würden aber die Westmächte besonders misstrauisch machen und der Neigung Auftrieb geben, sich der vertraglich fixierten Verantwortung für die deutsche Einheit zu entledigen. Adenauer wollte daher keine Verhandlungen darüber, jedoch auch keinen Zweifel am eigenen Standpunkt aufkommen lassen.

In Bonn wurde über die Motive der sowjetischen Initiative gerätselt. Diente sie dem Zweck, die Bundesrepublik auf die Linie der östlichen Zwei-Staaten-Politik zu bringen und/oder im Westen Misstrauen ihr gegenüber zu säen? Der Bundeskanzler hielt – ebenso wie seine Umgebung – eine Moskau-Reise für ein „Abenteuer“ mit ungewissem Ausgang, sah aber, dass er fahren musste. Die Bevölkerung war ganz überwiegend dafür, weil sie positive Ergebnisse erhoffte, etwa die Rückkehr der in der UdSSR festgehaltenen Deutschen. Zugleich durfte er sich nicht dem Vorwurf aussetzen, ein „kalter Krieger“ zu sein, der die angebotene Verständigung ablehne. Daher nahm Adenauer den sowjetischen Vorschlag an, bekundete aber Zurückhaltung. Die, wie Werner Kilian formuliert, „lyrisch“ formulierte Note aus Moskau beantwortete er erst in zeitlichem Abstand und mit dürren Worten. Um reichlich Zeit zu vorbereitenden Konsultationen mit den Verbündeten und internen Beratungen zu haben und durch die Genfer Gipfelkonferenz Aufschlüsse über die Haltung der vier Mächte zu erhalten, fasste Adenauer die Reise erst für September ins Auge. Auch dann wollte er noch

nicht unmittelbar über die Aufnahme der Beziehungen sprechen, sondern nur eine Kommission zu Verhandlungen darüber einsetzen. Der sowjetischen Seite wurde zu verstehen gegeben, dass er als Ergebnis seines Besuches die Freilassung der Gefangenen anstrebte.

Beschlossene Sache?

Diese Forderung zu erfüllen war für den Kreml kein Problem. Chruschtschow, der sich gerade als der entscheidende Mann durchgesetzt hatte, wollte die Zwangsarbeitslager generell auflösen und die Häftlinge entlassen. Wie er der SED-Führung im Juli mitteilte, wollte er die Deutschen im Zusammenhang mit den Verhandlungen mit Adenauer freigeben. Kilian zieht daraus den Schluss, die harte Auseinandersetzung darüber mit dem Bundeskanzler sei nur ein Schaukampf gewesen, denn das Ergebnis habe im Voraus festgestanden. Das lässt sich anzweifeln. Die Formulierung in dem Brief nach Ost-Berlin dürfte eher in dem Sinne zu verstehen sein, dass die Freilassung zwar von Anfang an beschlossene Sache war, aber nicht Adenauer als Erfolg, sondern der UdSSR als frei gewährte Großzügigkeit zugute gehalten werden sollte. Als Indizien dafür mögen

Hinweise in den Quellen gelten, dass man in Moskau zunächst an eine einseitige Erklärung nach Abschluss der Verhandlungen und Bekanntgabe der Beziehungsaufnahme gedacht hat. Die sowjetischen Führer wussten, dass die Frage in der Bundesrepublik einen innenpolitischen Stellenwert besaß – auch wenn sie kaum geahnt haben dürften, als wie groß sich dieser hinterher erwies. Daher war es nur folgerichtig, wenn sie dem Bundeskanzler, den sie ausweislich interner Zeugnisse als Widersacher ansahen, dem möglichst der politische Boden zu entziehen war, keinen Erfolg zuspiesen wollten.

Ungewöhnliches Interesse

Trotzdem fanden sie sich dazu bereit, als die Verhandlungen zu scheitern drohten. Zu erklären ist dies nur damit, dass sie an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik ein ungewöhnliches Interesse hatten, wie auch die fehlende Rücksichtnahme auf die Interessen der SED erkennen lässt. Von allem Anfang an machte der Kreml deutlich, dass er der Bundesrepublik für die Stärkung ihrer außenpolitischen Position keine Gegenleistung abverlangte, die der DDR als

dem deutschen Staat im eigenen Lager zugute gekommen wäre. Von der – in späteren Jahren ständig erhobenen – Forderung nach deren Anerkennung durch Bonn war nicht auch nur im Ansatz die Rede. Als nach Adenauers Rückkehr die „Hallstein-Doktrin“ formuliert wurde, die Drittstaaten vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR warnte, nahm man das in Moskau gleichmütig hin. Das erwähnte Schreiben an die SED-Führung wies das Verlangen zurück, die Gefangenfrage – deren Behandlung Bonn öffentlich gefordert hatte – in einen ostdeutsch-sowjetischen Kontext zu stellen. Die Ost-Berliner Funktionäre waren verärgert, ja verbittert. Bei nächster Gelegenheit betonten sie gegenüber der UdSSR die Notwendigkeit vorheriger Konsultation, wenn eine Seite Schritte in Angelegenheiten gemeinsamen Interesses unternehme. Nach Chruschtschows Sturz beklagte sich Ulbricht offen über die schwierige Situation, in der er sich im Sommer und Herbst 1955 befunden habe. Ungeachtet allen Missmutes, sah sich die SED-Führung genötigt, nach außen hin ihre volle Übereinstimmung mit der sowjetischen Politik zu bekunden.

Der Hauptgrund für das Moskauer Interesse an diplomatischen Beziehungen zum deutschen Staat der Gegenseite wurde in einem Brief genannt, den Chruschtschow am Tag der Übermittlung des Angebotes an Bonn nach Ost-Berlin übermittelte. Die sowjetische Präsenz in der Bundesrepublik sollte die Kräfte stärken, die sich „gegen die bestehende Abhängigkeit der Bonner Regierung von den USA“ wandten und „für die Durchführung eines unabhängigeren außenpolitischen Kurses“ eintraten. Die Hoffnung richtete sich erklärtermaßen nicht nur auf Adenauers politische Gegner, wie zum Beispiel den SPD-Vorsitzenden Olenhauer und den „bürgerlichen“ Politiker Gustav Heinemann, die sich hinter die Forderung der „Paulskirchen-Bewegung“ nach Verhandlungen über die deutsche Einheit ohne vorausgehende NATO-Bindung gestellt hatten. Hoffnung richtete sich auch auf breite „Geschäftskreise“, die vermeintlich an enger wirtschaftlicher Kooperation mit der UdSSR ein dringendes Interesse hatten. Zugleich hoffte der Kreml, der „Rapallo“-Verdacht werde die Entfremdung zwischen Bonn und dem Westen aktuell fördern. Die Alarmrufe des amerikanischen Botschafters

Bohlen schienen die Erwartung zu erfüllen, doch blieb das Vertrauen von Präsident Eisenhower und Außenminister Dulles zu Adenauer unerschüttert. Trotzdem – und wegen Sorgen bei anderen Verbündeten – sah sich der Bundeskanzler nach der Moskauer Übereinkunft bewogen, diese nur sehr langsam durchzuführen, um den Verdacht jedweden Zusammengehens mit der UdSSR zu zerstreuen.

Hintergrundmotive

Der Einfluss auf die westdeutsche Szene, den der Kreml über eine Botschaft in Bonn zu gewinnen hoffte, sollte die Bundesrepublik zu größerer Distanz zum westlichen Bündnis oder gar zu dessen Verlassen drängen. Wenn das gelang, war neben dem Verteidigungsbeitrag Westdeutschlands längerfristig auch der dortige Aufenthalt der Truppen von USA und NATO infrage gestellt. Dann aber war die Allianz in ihrem geopolitischen Kern getroffen; es würde dann allenfalls ein britisch-nord-amerikanisches Bündnis übrig bleiben. Schon seit Februar 1954 zielte die sowjetische Propaganda darauf ab, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass ein gesamteuropäisches System der kollektiven Sicherheit nach dem

Modell des in den dreißiger Jahren gescheiterten Völkerbundes an die Stelle der NATO treten müsse. Dem Mitte Mai 1955 gegründeten Warschauer Pakt war die Funktion zugewiesen worden, als Vehikel angeblichen östlichen Gegenverzichts zu dienen. Von der Auflösung der bilateralen Pakte zwischen der UdSSR und den Oststaaten war freilich keine Rede. Die Beziehungsaufnahme diene wesentlich dem Zweck, die Botschaft der „europäischen Sicherheit“ durch Kontakte sowjetischer Diplomaten zu maßgeblichen Kreisen der westdeutschen Gesellschaft zu verbreiten und gegebenenfalls Hilfestellung zu leisten.

Diplomatisches Geschick

Als Adenauer in Moskau eingetroffen war und zu verhandeln begann, wurde ihm klar, dass an eine Beschränkung auf vorbereitende Schritte wie die Einsetzung einer Kommission nicht zu denken war; denn seine sowjetischen Gastgeber erwarteten, dass diplomatische

Beziehungen auf der Stelle vereinbart würden. Andernfalls war mit völliger Gewissheit ein Eklat zu erwarten. Nachdem er den Bonner Wiedervereinigungsstandpunkt unmissverständlich deutlich gemacht hatte, richtete er seine Aufmerksamkeit auf die Gefangenensfrage. Hier war ein enormes diplomatisches Geschick gefordert: Die Auseinandersetzung hierüber wurde mit äußerster Schärfe, gleichwohl vom Bundeskanzler so geführt, dass die vorhandene enorme Empfindlichkeit auf sowjetischer Seite nicht verletzt beziehungsweise der Stachel vermeintlichen Vorwurfs sofort wieder beseitigt wurde. Das war insofern ein Schaukampf, als das mitgebrachte Heer von Journalisten nach jeder Runde ausführlich informiert wurde, so dass die heimische Öffentlichkeit die dramatischen Wortgefechte miterlebte. Dies wiederum steigerte den Ruhm, die Gefangenen „heimgeholt“ zu haben. Die Härte, mit der die Kremlführer Adenauer lange Zeit das geforderte Zugeständnis verweiger-

ten, lässt sich nur teilweise damit erklären, dass sie ihr Gesicht wahren wollten, indem sie darauf beharrten, die zurückgehaltenen Kriegsgefangenen seien zu Recht verurteilte „Kriegsverbrecher“. Wenn es nur dieses Motiv gewesen wäre, hätte sich schon früher der Ausweg finden lassen, die Vereinbarung nicht zu formalisieren, sondern als einseitige Zusage firmieren zu lassen.

Kilian, der mit Atmosphäre und Praxis der Diplomatie aus eigener Erfahrung vertraut ist und mit dieser Kenntnis die Fähigkeiten des Historikers auf glückliche Weise vereint, stellt die Vorgänge auf der Grundlage sehr weitgespannter Akteneinsicht mit großer Genauigkeit dar. Besonders Umstände und technische Einzelheiten wie Bau und Überführung eines abhörsicheren Zuges oder die von der Luftflotte gecharterten Flugzeuge werden nicht übergangen. Das Buch ist gut lesbar; seine Lektüre ist als ebenso unterhaltsam wie wissenschaftlich zuverlässig wärmstens zu empfehlen.